

Interne Stellungnahme zum geplanten Kita-Streik in Berlin und den Auswirkungen auf freie Träger

Liebe Kita-Leiter*innen, liebe Kolleg*innen,

in den kommenden Tagen wird in den kommunalen Kitas Berlins ein unbefristeter Streik beginnen, der bereits im Vorfeld intensive Diskussionen ausgelöst hat. Die Gewerkschaften Verdi und GEW fordern Entlastungen für das pädagogische Personal durch einen neuen Tarifvertrag, der eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Reduktion der Gruppengrößen vorsieht. Diese Forderungen betreffen jedoch ausschließlich die kommunalen Kitas und lassen die Herausforderungen freier Träger unbeachtet, die 82 Prozent der Kitaplätze in Berlin stellen.

Freie Träger, zu denen auch unsere Einrichtungen gehören, sind seit Jahren strukturell benachteiligt. Während kommunale Einrichtungen zusätzliche Zuschüsse und finanzielle Entlastungen erhalten, wie beispielsweise die Hauptstadtzulage oder Zuschüsse für steigende Mietkosten, müssen freie Träger diese Belastungen oft allein tragen. Dies führt zu einer eklatanten Ungleichbehandlung im Berliner Kita-System.

Die Tatsache, dass die Forderungen von GEW und Verdi sich auf die Eigenbetriebe der Stadt konzentrieren, bedeutet, dass die pädagogischen Fachkräfte bei den freien Trägern weiterhin unter den gleichen belastenden Bedingungen arbeiten müssen, ohne Aussicht auf vergleichbare Entlastungen. Dies widerspricht dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, für den Verdi selbst eintritt. Dabei leisten die Mitarbeitenden der freien Träger die gleiche qualifizierte Arbeit wie ihre Kolleg*innen in den kommunalen Kitas. Eine erneute Bevorzugung der Beschäftigten kommunaler Kitas, wie es schon bei der Hauptstadtzulage der Fall war, wäre unfair und verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Unser KTK-Bundesverband setzt sich seit Jahren auf Bundesebene intensiv für einheitliche Qualitätsstandards in allen Kindertageseinrichtungen ein, was wir als Träger voll und ganz unterstützen. Als Träger setzen wir uns außerdem auf Landesebene dafür ein, dass diese strukturellen Ungleichheiten zwischen kommunalen und freien Trägern beseitigt werden und alle Erzieher*innen gerechte und bessere Arbeitsbedingungen vorfinden. Eine einheitliche Regelung würde sicherstellen, dass alle Fachkräfte, unabhängig vom Träger, gleichermaßen von Verbesserungen profitieren und die Qualität der frühkindlichen Bildung flächendeckend gesichert ist.



Auch der Caritasverband Berlin als unser Spitzenverband, der unsere Einrichtungen fachpolitisch in den Ländern Berlin, Brandenburg und Vorpommern vertritt, betont in seiner jüngsten Pressemitteilung, dass alle Mitarbeitenden gleich behandelt werden müssen. Der richtige Ort, um über Verbesserungen der Bedingungen aller Kitas zu sprechen, ist der Kita-Rahmenvertrag, der die Handlungs- und Finanzierungsgrundlage für alle Kitas in Berlin darstellt. Es ist unerlässlich, dass in den anstehenden Verhandlungen sichergestellt wird, dass die Bedürfnisse und Herausforderungen freier Träger genauso berücksichtigt werden wie die der kommunalen Träger.

Uns als Träger ist es wichtig zu betonen, dass die pädagogische Arbeit bei allen Trägern denselben hohen Anforderungen des Berliner Bildungsprogramms unterliegt. Die Kinder und Familien, die wir betreuen, haben das gleiche Recht auf qualitativ hochwertige Betreuung, unabhängig davon, ob sie eine kommunale oder freie Kita besuchen. Eine Lösung, die nur die kommunalen Kitas berücksichtigt, gefährdet daher die Zukunft des gesamten Kita-Systems in Berlin und verstärkt die strukturellen Ungleichheiten.

Wir stehen in dieser schwierigen Situation hinter unseren Kolleg*innen und werden weiterhin dafür kämpfen, faire und gerechte Arbeitsbedingungen für **alle** Mitarbeitenden sicherzustellen. Ihre Anregungen und Ihre Stimme sind uns in dieser Zeit besonders wichtig, um gemeinsam Lösungen zu finden und Verbesserungen zu erreichen.

Vielen Dank für Ihren unermüdlichen Einsatz und Ihre wertvolle Arbeit.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Mirja Wolfs
Geschäftsführerin